

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.-4.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Dienstleistungs-Anzeigen die
3 gekürzte Kolonel-Zeile
60 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. L. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 8002.

Jedes Mitglied ist verpflichtet,

mit allen Kräften für die Ausbreitung des
Verbandes zu wirken. Dazu ist jetzt die
beste Zeit und Gelegenheit. Frisch an die
Arbeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Das Wirtschaftsjahr 1911.*

I.

Das Jahr 1911 stand im Zeichen der Teuerung. Teils infolge der Nachvirkungen der Reichsfinanzreform, teils infolge der anhaltenden Dürre des versessenen Sommers, nicht zuletzt aber infolge unserer auf die Interessen der Großgrundbesitzer zugeschnittenen Wirtschaftspolitik stiegen die Nahrungsmittelpreise in beeindruckender Weise. Eine Ausnahme machen nur die Preise für Fleisch, weil der Futtermangel und die Furcht vor der weitverbreiteten Seuche zum sorgierten Auftrieb von Fleisch führten. Leider haben die Konsumenten von dieser Ausnahme wenig oder gar nichts profitiert, weil die Zwischenhändler und namentlich die Fleischer die Fleischpreise immer noch auf der alten Höhe hielten. Nun wird aber das kommende Frühjahr voraussichtlich einen erheblichen Rückgang des Viehauftriebs und damit eine Steigerung der Fleischpreise bringen. Und die Fleischer werden mit dem Heraufsehen der Preise sehr schnell bei der Hand sein. — In welchem Maße die Nahrungsmittelpreise im letzten Jahre gestiegen sind, sei an einigen Beispielen gezeigt.

Es kostete die Tonne (20 Zentner):

	im Januar	im November		
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Roggen	163,64	167,04	149,62	182,01
Weizen	179,33	227,06	211,63	203,39
Kartoffeln	40,88	45,00	45,00	70,00

	im Januar	im November		
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Öffsen	157,00	131,25	146,50	158,00
Schweine	118,00	136,88	129,04	117,00
Hälber	174,50	189,63	188,50	197,67
Butter	229,04	240,24	220,16	270,40
Buder	36,83	36,83	38,00	56,50
Kasse	71,00	80,50	120,50	168,50
Reis	21,85	21,00	23,00	27,25

Obwohl Deutschland seit Jahren keine so gute Beizigkeit ge-
habet hat wie 1911, ist der Wertepreis um 24 Mt. pro Tonne
höher als 1907. Nach denselben Ermittlungen kostete ein
Doppelzentner:

	im Januar	im November		
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Öffsen	157,00	131,25	146,50	158,00
Schweine	118,00	136,88	129,04	117,00
Hälber	174,50	189,63	188,50	197,67
Butter	229,04	240,24	220,16	270,40
Buder	36,83	36,83	38,00	56,50
Kasse	71,00	80,50	120,50	168,50
Reis	21,85	21,00	23,00	27,25

Mit Ausnahme der Schweine war im November 1911 alles
teurer als Anfang 1907. Dabei ist jedoch zu beachten, daß 1907
ein Jahr der Teuerung war, daß namentlich die Fleisch-
preise von 1907 Rekordpreise waren, von denen selbst der agrarische
Minister Pöbel meinte, sie würden eine „vorübergehende
Erscheinung“ sein.

Deutlicher noch als in den oben gegebenen Zahlen kommt die
im Laufe des Jahres 1911 eingetretene Teuerung zum Ausdruck in
den monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise, die Richard
Gäbler für 170 größere Orte ermittelte. Die Grundlage der
Gäbler'schen Berechnung bildet die Lebensmittelkolation
eines deutschen Marineoldaten. Diese Nation wird
für eine aus Mann, Frau und zwei kleinen Kindern bestehende
Durchschnittsfamilie verbraucht (Mann und Frau je eine, zwei
Kinder zusammen eine Nation) und dann wird, auf Grund der
Marktpreise, allmonatlich ermittelt, welchen Beitrag eine Familie
wöchentlich für diese Nation ausgeben muß. Nach dieser Berech-
nung mußte 1911 eine vierköpfige Familie im Durchschnitt aller
von der Statistik erfassten Orte wöchentlich 24,18 Mt. oder jährlich
1257,36 Mt. für Lebensmittel aufwenden. Es bedarf hier
nicht der besonderen Beweisführung, daß die Mehrzahl unsrer Mit-
glieder diese Summe unmöglich aufwenden kann. Viele verdienen
die ganze Woche kaum soviel, wie sie, wenn sie nicht schlechter leben
wollen, als ein deutscher Marinesoldat, allein für Lebensmittel —
also ohne Wohnung, Heizung, Kleidung usw. — aufzuhören müssen.

Im Januar waren „nur“ 23,50 Mt., im Dezember etwa
24,60 Mt. wöchentlich erforderlich. Die Steigerung beträgt also in
einem Jahre 1,10 Mt. pro Woche oder 5,720 Mt. jährlich. Nach-
stehend führen wir die Orte an, in denen die Steigerung besonders
stark war.

Es waren pro Woche erforderlich:

	im Januar	im Dezember	im Januar	im Dezember
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Braunschweig	23,01	26,28	Breslau	24,09
Hameln	22,88	25,68	Kassel	23,04
Magdeburg	24,54	27,03	Dresden	22,91
Mülhausen i. E.	25,89	28,20	Halle	25,17
Bozen	22,98	25,14	Karlsruhe	25,74
Straßburg	23,37	25,44	Erfurt	23,46
Gelsenkirchen	22,77	24,81	Hamburg	23,04
Leipzig	21,91	23,87	Stuttgart	23,92
Stettin	22,26	23,91	Görlitz	23,91
				25,02

* In Nr. 2 des „Proletariers“ haben wir eine vorläufige Übersicht über das Wirtschaftsjahr 1911 gebracht. In den folgenden Artikeln wollen wir die dort gegebenen vorläufigen Angaben ergänzen und erweitern. Wie in den früheren Jahren werden wir im ersten Artikel einen allgemeinen Überblick geben, im zweiten die für uns in Betracht kommenden Industriezweige behandeln.

In den hier angeführten Orten schwankt die wöchentliche
Mehrzahl zwischen 1,11 Mt. in Görlitz und 3,27 Mt.
in Braunschweig. Rechnet man hinzu, daß nicht nur die Lebens-
mittelpreise, sondern auch andre Bedarfartikel, namentlich aber die
sogenannten Genußmittel — Bier, Branntwein, Tabak usw. — er-
heblich im Preise gestiegen sind, so ergibt sich klar, daß das ver-
flossene Jahr der Arbeiterschaft eine außerordentlich schwer zu
tragende Mehrausgabe gebracht hat. Diese Belastung des Haushaltsetats muß naturgemäß das Niveau der Lebenshaltung der Ar-
beiterschaft senken, wenn diese nicht das Mehr an Ausgaben durch
ein Mehr an Einnahmen ersehen kann. Nur da und dort, wo
wesentliche Lohnerschöpfungen für die Arbeiterschaft erreungen werden
konnten, war es möglich, eine Verschlechterung der Lebenshaltung
hintanzuhalten. Solche Lohnerschöpfungen konnten aber nur er-
reichen werden, wo eine geschlossene und finanziell starke gewer-
kschaftliche Organisation hinter den Arbeitern stand. Das Heer der unorganisierten Arbeiter hat die Schäden der Teuerung,
abgesehen von den Fällen, wo sie an den Erfolgen der organisierten
teilnahmen, im wahren Sinne des Wortes am eigenen Leibe ver-
spürt. Leider nicht nur die unorganisierten. In vielen Fällen
haben diese Vertreter an ihren eigenen Interessen auch den Aufstieg
der organisierten Arbeiterschaft gehindert oder doch gehemmt; zahl-
reiche Lohnkämpfe endeten resultlos oder mußten vertagt werden,
weil die Unternehmer in den unorganisierten Arbeitern allezeit
willige und geduldige Herausforderer fanden.

Erfreulicherweise war der März im vergangenen Jahr im allgemeinen etwas günstiger als im Jahre 1910. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise hat sich das Verhältnis der
offenen Stellen zu den Arbeitssuchenden dauernd zugunsten der
letzteren verbessert. Hierfür einige Zahlen.

Es kamen (männliche) Arbeitssuchende auf 100 offene
Stellen:

Monat	1909	1910	1911
Januar	318	254	196
Juli	202	162	141
Dezember	269	218	183

Ein etwas anderes Ergebnis zeigen die Nachweise über die
Arbeitslosigkeit in den Gewerken. Von je 100 Mit-
gliedern waren, nämlich arbeitslos:

Monat	1909	1910	1911
Januar	4,2	2,6	2,6
Juli	2,5	1,9	1,6
Dezember	2,6	2,2	2,4

Nach diesen Zahlen ist die Besserung auf dem Arbeitsmarkt
nicht in dem Umfang eingetreten wie nach den Berichten der
Arbeitsnachweise. Der letzte Monat des Vorjahrs zeigt sogar
eine nicht unwesentliche Verschlechterung gegen den gleichen Monat
des Jahres 1910. Auf die Witterung kann diese Verschlechterung
nicht zurückgeführt werden; denn der Dezember zeigte bis auf die
letzten Tage mildes, offenes Wetter. Da jedoch die Zahl der
Arbeitslosentage für die gleiche Zeit einen Rückgang er-
fahren hat, kann die Steigerung der Fallziffer Besorgnis nicht
erregen.

Der Wirtschaftsmarkt war, soweit die bisher vor-
liegenden Ergebnisse ein Urteil zulassen, im vergangenen Jahr
dauernd günstig. Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels
entwickelten sich nach den vorläufigen Zusammenstellungen Einfuhr
und Ausfuhr wie folgt:

	1910	1911	1911 mehr
	Millionen Mark	Millionen Mark	Millionen Mark
Einfuhr	8930	9545	615
Ausfuhr	7475	8102	627

Diese Steigerung der Einfuhr und Ausfuhr um fast 10 Prozent
zeugt von einer erheblichen Steigerung der deutschen industriellen
Tätigkeit. Denn die Einfuhr umfaßt hauptsächlich Rohstoffe, die
Ausfuhr jedoch fertige Erzeugnisse. Die stärkste Ausfuhrsteigerung
weist die Industrie der Metalle und Maschinen auf, die 1911 für
über 200 Millionen Mark mehr Metalle und Waren daraus aufzu-
führen. Aber auch andre Industriezweige zeigen beträchtliche Steige-
rungen.

Die chemische Industrie exportierte 1910 für 69,7 Millionen Mark, 1911 für 75,3 Millionen Mark. An
Papier und Pappe wurden 1910 für 21,7 Millionen Mark,
1911 für 22,7 Millionen Mark Erzeugnisse in das Ausland ge-
sandt.

Über die Gewinne der Unternehmungen liegen Nach-
richten für das Jahr 1911 noch nicht vor. Soweit die Bewegung
der Börsenkurse ein Urteil zuläßt, werden sie des Vorjahrs
etwa übersteigen als hinter ihnen zurückbleiben. Sowar hat das ver-
flossene Jahr wiederholt starke Kurschwankungen, ja Kursfälle ge-
brückt, aber dafür waren mehr politische als wirtschaftliche Ursachen
maßgebend. Die drohende Kriegsgefahr ließ in den Monaten Septem-
ber und Oktober die Kurse der Industriewerte auf die Höhe des
Jahres 1909 heruntergehen; die letzten Monate brachten jedoch
wieder einen kräftigen Aufstieg.

Wie sich die Verhältnisse auf dem Arbeits- und Wirtschafts-
markte in unserm Verbundsgebiete gestaltet, soll in einem weiteren
Artikel kurz gezeigt werden. —

Berge und Hüttenleute, den Genossen Hue, zu verdrängen und dafür mittels dreier in eine Kirche gesetzter Rothäufen einen Wahn in den Reichstag zu bringen, der, wie selbst christliche Gewerkschaftsblätter berichtet haben, früher zum Streikbruch aufgefordert und auch selbst Streikbruch verübt hat! Diese Tatsachen müssen den christlichen Arbeitern im Lande bekannt werden. Die zentrumskirchlichen Macht, denen es ja verboten ist, im Arbeitseinteresse gegen das Interesse der Linken und der Kapitalisten zu wirken, haben sich gedacht, daß ihre eigenen großen Tat- und Unterlassungssünden geringer scheinen würden, wenn sie verhinderten, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Interesse des breiten Volkes wirken könnten. Dass dies ein erger Trugschluss war, wird ja die Zeit noch weiter lehren.

Die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" in M.-Gladbach, das Sammelblatt des Gewerkschaftsverbandes, erwähnt (in ihrer Nummer 5 vom 3. Februar 1912) auch bereits die "harte Frage", die „angesichts des sozialdemokratischen Wahlsieges auch manchem Zentrumswähler auf die Lippen“ gekommen sei: „Wohin soll das führen?“

Das verbissene Klerikale Blatt hat nur eine verlogene und zugleich ulfige Antwort. Vor der Wahl konnte man in den zentrumskirchlichen Blättern doch so oft lesen, wie man der Sozialdemokratie „ihre Stellung zur Reichsversicherungsordnung um die Armen schlagen“ wolle und dergleichen. Nun können die Leutchen selbst ordentlich Trubel blasen. Hören wir die „Trost“-grinde der M.-Gladbacherin:

„Nur röhig Blut. Die Welt wird schon wieder vernünftig werden. Nur nicht erlahmen in der systematischen Auflösungskunst im Volle. Wer es heute ehrlich mit unserem Volle meint, der arbeite rüdig weiter, es zu politischer Reife und Verantwortlichkeit zu erziehen, statt vom heutigen Zustande der Unreife die wildesten Konsequenzen zu ziehen. Die rote Flutwelle von heute ebbt wieder zurück. Gewiß, zunächst bekommen die bürgerlichen Parteien allesamt den Übermut der Sieger zu kosten. Was die Sozialdemokratie neuerdings unter so eigenartigen Umständen erzielt hat, wird neue Begeisterung und Kampfeslust in den roten Heerführern auslösen, wird das Riesenherz weiterhin beseelen und angriffslustig machen. Das werden insbesondere die Christlich organisierten Arbeiter spätesten.“

Die Beleidigung der Christlichen Arbeiter, die den Zentrumsführern bis annoch nachzilegen, gaudi ja deutlich aus diesen Worten. Mit dem „Wiederabebben“ der „roten Flut“ haben sich die Arbeiterfeinde nun seit der Altenstaatszeit regelrecht zu krönen gesucht, aber es kommt immer anders. Die Flut siegt weiter! Und sie wird weiter steigen!

Der Einzug der roten 110.

Der gewaltige Sieg, den die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen erjögten, kam auch rein äußerlich zum Bewußtsein, wenn der Wanderräthen Schriftsteller zum Reichstaggebäude entgegengleitete; zu Hunderten bildeten die Besucher vor dem Eingange, den die Abgeordneten zu nehmen pflegten, Spalier. Auf den ersten Blick sieht man, daß die Besucher zu neuen Gehülfen aus Arbeitern bestehen. Es ist nicht die müßige Rangordnung, die hierhergezogen. Nein, das stolze Bewußtsein, an dem vollzogenen Vollsergent mitgewirkt zu haben, löst die Proletarier Berlins ihre durch Arbeitslosigkeit ausgewanderte freie Zeit just vor dem Gebäude der Vollsergentur herum. Im Jahre 1907 war es anders; da zeigte das Schloßpublikum den Zugang und huldigte dem Völkerblod.

Bis die Gesetzgebungsmajörat in Gang kommt, sind mancherlei Forderungen zu erledigen. Erster ist die Beleidigung der Thronrede im Saale des Schlosses durch den Kaiser. Ein notwendiger feierlicher Akt ist das nicht. Die Sozialdemokratie bleibt ihm fern. Nicht einmal sehr viele bürgerliche Abgeordnete drängen sich zur Teilnahme. Die jüdischen und „besseren“ Gesetzesgeber fügen sich ohne innerliche Überzeugung der vorgezeichneten Kliederordnung hin, um den Thronrede zu lauschen. Belastet ist, wie selbst Bischof Dr. Preysing zu beweisen beliebt. Er meint in seinen Gedanken und Erinnerungen: „Hier gelingt es keine Arbeit unbehaglicher und schwieriger gewesen, als die Herstellung des nötigen Prajzenbedarfs für Thronreden und ähnliche Feierlichkeiten.“

Auch weniges kann sonst kann der Inhalt der Thronrede diesmal die Majörat für eine kollektive Politik bilden. Ueber diese hinaus die Gesetzgebung zu dringen, wird Angabe der sozialdemokratischen Fraktion sein. Dafür ist in so starker Zahl genügt worden, um ein Beweis, daß auch die Majörat über die Beleidigung und ihre Politiken“ andere Ansicht hat, als ja in der Thronrede niedergelegt ist. Wenn die Entscheidung, die jetzt nach der Thronrede nicht will sie ist, nicht getroffen werden soll, dann müssen die bürgerlichen Parteien und die verbliebenen Regierungen ihre Daten bei der weiteren Verhandlungsbereitung jetzt bald festlegen und ihnen bei der gleichen Gelegenheit befehligen Bildung gegen sozialdemokratische Forderungen ausgeben.

Der erste Tag brachte lediglich den Ratsaufstand der Abgeordneten. Der zweite ammenden zeigt, sie sind also nicht da. Der Präsident des Zuges ist zufrieden mit dem Ranglist des Hauses: der Fortsetzung tragen. Wie er die zuständigen Sämtlichkeit beruft, ist zum ersten Male auch ein Sozialdemokrat zumindesten Genosse Dr. Südekum. Der zweite Tag sollte die Präsidentenstellen bringen. Die Sitzung wurde aber nach einer Debatte von knapp vier Minuten vertagt. Die Parteien waren sich nicht einig, wie bei Präsidentenwahl abzustimmen werden soll. Das Nationaltheater fuhr wieder einmal ein Eröffnungsfeier. Die sozialdemokratische Fraktion war daran, auf den Präsidenten zugunsten der Nationalliberalen zu verzichten, um die Beleidigung, das ist der erste Vizepräsident zugeführt zu lassen. Zum zweiten war die Majörat gesessen, ein Präsident zu wählen, das der sozialen Gewerkschaft aus dem Reichstag entsprach; eine Sitzung der Gewerkschaft, bei welcher der sozialdemokratische Vorsitzende nicht die Nationalliberalen nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsrat nicht bestimmt, obwohl die Gewerkschaften nicht. Sie wollten am Gewerkschaftsrat nicht, einen Vertreter einer der jüdischen Parteien. Die Gewerkschaft und das für das Reichstagpräsidium bestimmten waren eben die Gewerkschaft mit den Sozialdemokratie nicht. Wegen dieser Auseinandersetzung wurde die Beleidigung der Gewerkschaftsr

Gegenseitige Gewerkschaften.

Nach der Reichstagswahl I.

Unter diesen Überschriften geht ein Artikel aus der jüngsten Nummer des "Reichsblatts" durch die gesamte christliche Gewerkschaftspresse. Der Titel selbst ist nicht weiter als ein hilfloses Gagader von der Verlegenheit zu übergehen, in der auch die christlichen Gewerkschaften durch den Ausfall der Reichstagsmehrheit geraten sind.

Mit welchem Jubel vor 1907 der Ausschluß der Reichstagsmehrheit von den christlichen Gewerkschaften begleitet worden, diesmal liegt sie über den christlichen Blättern bald überhaupt so etwas wie schlimmste Kateschumierung. Es ist recht so.

Man kann nicht sagen, daß die christlichen Gewerkschaftsorgane etwas aus den Wahlen gelernt hätten, wenigstens läßt der Artikel, der aus der Zentrale der christlichen Gewerkschaften stammt, nichts davon merken. Da heißt man zunächst auf, daß die bürgerlichen Parteien nicht in geschlossener Front gegen die Sozialdemokraten gestanden haben. Ob bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung die Möglichkeit hierzu vorlag, braucht her Anteilsschreiber nicht zu untersuchen. Ihm schwiebt nur eins vor. Wer nicht Zentrumsmann ist, nicht dem Zentrum dient, hat mit sich Schindluder spielen zu lassen nach Woten. Kommt die Wahl, dann hat er mit seinen insamten Feinden gegen den "roten Raum" in einer Schlachtlinie zu stehen. Nach dann, wenn ihm schon allein die politische Reputation verdorben ist, mit Parteien, wie das Zentrum, zusammenzugehen. Die christlichen Gewerkschaftsorgane verlangen da wirklich etwas zwiel.

Die Niederlage, die den Schnapsblock erlitten hat, war zu verdient, als daß man sich hierüber noch zu streiten braucht. Und wenn es bürgerliche Parteien gibt, die heute in der sozialdemokratischen Partei das kleinere Nebenjahr, so läßt sich mit voller Klarheit ermessen, wie der von den christlichen Gewerkschaften unterstützte Schnapsblock es getrieben haben muß, ehe die bürgerliche Opposition erwachte.

Doch die christlichen Gewerkschaftsorgane auf die wirtschaftlichen Ursachen der Niederlage nicht zu sprechen kommen, zeigt schon, daß sie entweder völlig verständnislos der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung gegenüberstehen oder alle Ursache haben, zu schwelen, weil sie selbst sich kompromittieren würden. Wie dem auch ist, seit jetzt, die christlichen Gewerkschaftsorgane haben sich vor aus dem Reichstagswahlkampf nichts gelernt, was — um mit dem Anteilsschreiber zu reden — *g e w i s s e n e r h e b e r e s S c h a f t s p o l i t i k*. Wenn dieselbe Beurteilung trifft, so ist die Lage in dem Artikel, daß die 110 Sozialdemokraten über die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu befinden hätten, was der wirtschaftlichen Fortentwicklung des Deutschen Reiches nur zum Schaden gereichen würde. Der Schafstopf, der das niedergeschrieben hat, sollte sich durch Namen zu erkennen geben, daß nicht andre wegen seiner in unredlichen Verdacht geraten. Wo, so fragen wir, hat die deutsche Sozialdemokratie jemals die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Innern und Auslande zu ungünstigen Deutschlands zu behindern versucht? Die Sozialdemokratie vertritt Millionen von Arbeitern, deren Existenz mit der wirtschaftlichen Fortentwicklung aufs engste verknüpft ist. Wenn jemals eine Partei versucht hat, Deutschlands wirtschaftliche Interessen zu mähen und zu fördern, dann ist es die Sozialdemokratie gewesen. Nur die brutale Gewaltpolitik hat sie im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften und den ihr vorstehenden Parteien abgelehnt. Imperialistische Weltpolitik, wie sie durch die "Post" und durch die "Rheinische Westzeitung" propagiert wird, lehnt jeder ab, dem die wirtschaftlichen Interessen der Nation ans Herz gewachsen sind. Die christliche Gewerkschaftspolitik ist hingegen nie weit von der Politik der "Post" und des Schlosskronen-Organs im Hause beden entfernt gewesen. Verbündet sich dieser Politik oben und noch mit den Zulieferforderungen, dann sind die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands geschädigt, nicht gefördert. Ein Artikel wird dann ausgeführt, daß der Aufstieg der Sozialdemokratie nur den trügerischen Erwartungen und Hoffnungen zu verdanen sei, die sie in der Arbeiterschaft erwartet hat. Hierfür auch nur einen einzigen Beweis anzuführen, bringt der Anteilsschreiber selbstverständlich nicht fertig.

Der Artikel bezeichnet dann die christliche Gewerkschaftsbewegung als alleiniges Vollwert gegen die Sozialdemokratie! Das schreibt ein Mensch hin, obwohl er jederzeit nachlesen kann, wie die Sozialdemokratie in den christlich-katholischen Gegenden auch bei den letzten Wahlen die gewaltigsten Fortschritte gemacht hat. In Westfalen, Rheinland, Düsseldorf, Baden und Bayern hat die Sozialdemokratie allein nahezu 300 000 Stimmen zugewonnen. Hier hätten sich die christlichen Gewerkschaften als das stellste Vollwert gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zeigen können, wenn sie nur Lust genug dazu gehabt hätten. Die von den christlichen Gewerkschaften unterstützten Parteien, die im Schnapsblock vereinigt sind, haben bei den letzten Wahlen an Stimmen verloren. Die Parteien, die gegen den Schnapsblock auftraten, an Stimmen gewonnen. Die Sozialdemokratie allein nahm gegen 1907 um rund 1 Million Stimmen zu. Und die freien Gewerkschaften wuchsen in den Jahren 1910 und 1911 um 180 000 Mitglieder auf nahezu 2½ Millionen Mitglieder an. Dafür gegen zählt der ganze Heerbann der christlichen Gewerkschaften als frucht siebzehnjähriger Tätigkeit zwischen 3—400 000 Mitglieder! Und was für Gewerkschaftsplanten wuchsen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung? Ihr Interesse des christlichen Anteilsschreibers wollen wir auf diesen Hammer nicht eingehen.

In dem Artikel wird dann ein längerer Auszug aus dem Artikel: "Eine neue Epoche?" in Nr. 4 des "Proletariers" als Beweis dafür angeführt, daß die Möglichkeit der Vernichtung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt sei. Wer das in den Artikel hineinliest, muss sehr dummkopfisch sein. Der Artikel richtet sich nur gegen die utopistische Aussicht, als ob die Wahl von 110 Sozialdemokraten gewissermaßen eine Umformung unsres Staatswesens im sozialistischen Sinne einleiten könnte. Über der sinnlose Christ verleiht stupellos einwandfreie Darlegungen in ihr Gegen teil, weil das seinen Zwecken paßt. Es ist eben doch ein jämmerlicher Grundsatz, daß der *Sieger* die Macht heiligt.

Verschiedene Industrien

* Eine Gewerkschafts-Zundersfabrik in Schweden.

Mehrere hundert schwedische Zuckerrübenproduzenten haben sich zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Zundersfabrik zusammengetan, deren Hauptabnehmer der Kooperative Verband, d. i. der Verband der Arbeiterkolonie gegenossenschaften, sein wird. Die Vertreter der Kapitalinteressen bieten alles an, die Zuckerrüben durch Sozialisten, soweit von dem Unternehmen fernzuhalten. Wie es scheint, vergeblich. Die Fabrik soll schon im Herbst den Betrieb aufnehmen; das notwendige Kapital von rund 1 600 000 Kronen ist gesichert. Es werden Anteile von 100 Kronen ausgegeben. In dem Auszugsbuch, der die Gründung betrifft, ist der Kooperative Verband durch seinen Geschäftsführer G. W. Dahl vertreten. Dieser Verband, der auch als Großraumausfließfirma tätig ist, wurde im vorigen Jahr auf Betreiben der Kleinhandler von den verbündeten Fabrikarbeiten Schwedens bestimmt, hat aber trotzdem 2,2 Millionen Kilo Zucker umgesetzt. In diesem Jahr wird der Umsatz voraussichtlich auf vier Millionen Kilo steigen, und eine weitere Steigerung ist bei dem unaufhörlichen Wachstum der Konsumgenossenschaftsbewegung zu erwarten. Da die Produktion der neuen Fabrik für den Anfang auf sechs Millionen Kilo berechnet ist, wird der größte Teil der Erzeugung seinen Absatz im Kooperativen Verband finden.

* Der Linoleumwaren.

Durch die Nachricht, daß der letzte Aufenseiter, die Allgemeine Gewerkschaft Rheinische Linoleummark in Bedburg bei Köln, nunmehr dem Verbande der deutschen Linoleumfabriken beigeetreten ist, wird die Zuliefererschaft auf die Gründung des Linoleumringes geleitet. Gestündelt wurde der Verband im Herbst vergangenen Jahres, nachdem schon vorher die folgenden sechs Linoleumwerke sich zu einer Preiskonvention zusammengetroffen hatten: Germania-Linoleumwerke, Alte Ges., Bietigheim bei Stuttgart, Bremer Linoleumwerke, Schäfflerwerke, Delmenhorster Linoleumfabrik, Unter-Rhein, Delmenhorster Deutsche Linoleumwerke, Hanau, Delmenhorster Linoleumfabrik Marimilliansau am Rhein, Deutsche Linoleum- und Waschstoffs-Companie, Kloster bei Berlin. Seit dem Bestehen der Konvention hat die Linoleumwarenmehrheit und erheblich in die Höhe gesetzt worden, was jetzt mit der Steigerung der Unkosten durch Verteuerung der Rohstoffmaterialien begründet wurde; aber mit einem Rückgang der Rohstoffmaterialienpreise erfuhrte sie

keine Erholung. Wie die Rentabilität der Linoleumfabriken sich während dieser Zeit veränderte, ergibt sich u. a. aus der Auflistung, daß die Delmenhorster Linoleumfabrik, die für 1908 und 1909 je 12 Prozent und für 1910 eine Dividende von 20 Prozent vereinbart, für das Jahr 1911 eine Dividende von 24 Prozent zur Aussichtstellung bringt.

Mit der Vereinigung der Linoleumfabriken ging auch eine Regelung des "Handelsvertrages" hand in hand. Die legte Generalsammlung des Verbandes beschloß, daß die einzelnen Fabriken für ihre Rechnungen die nachstehende Vereinigung als rechtswirksamlich angesehen hätten: "Wo Handelsvereinigungen bestehen, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im entgegengesetzten Falle würden von den Fabrikanten Lieferungen nicht stattfinden." Die Handelsvereinigungen stehen mit dem Verband der Fabrikanten in enger Verbindung, sie erhalten bei der Verbandsversammlung die Befürchtung, daß den Schutz des Verbandes der deutschen Linoleumfabriken genügt, dürfen Waren nicht zu niedrigeren Preisen oder günstigeren Bedingungen als von den betreffenden Handelsvereinigungen festgelegten verkauft werden. Im

Beilage zum Proletarier

Nummer 7

Hannover, 17. Februar 1912

21. Jahrgang

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Kleinstaaten.

I.

Eine Besprechung der Betriebe der Gewerbeinspektoren der kleinen Bundesstaaten Deutschlands lohnt sich im einzelnen nicht, wenn nur die chemische Industrie berücksichtigt werden soll. Wir nehmen daher eine Besprechung der Kleinstaaten und des Reichslandes en bloc vor. Über die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern, die darin beschäftigten Arbeiter, Arbeitnehmer und jugendlichen Personen der Jahre 1909/10 informiert uns folgende Tabelle:

Bundes- staat	Betriebe 1909/10	Arbeiter 1909/10	Arbeite- rinnen 1909/10	Jugend- liche Personen 1909/10	Arbeiter überhaupt 1909/10	
					1909	1910
Mecklenburg	12	17	292	361	110	103
Sachsen-Weimar	7	8	107	123	18	23
Oldenburg	7	8	311	438	3	6
Braunschweig	21	23	1212	1156	62	52
Sachsen-Meiningen	20	21	240	226	53	50
Sachsen-Altenburg	14	7	39	29	19	19
Sachsen-Gotha	9	9	113	110	17	21
Anhalt	56	54	3639	3555	265	250
Schwarzburg-Sondershausen	7	8	100	103	—	7
Schwarzburg-Rudolstadt	7	10	320	295	203	172
Neu-ätere u. jüng. Linie Fürstentümer	8	7	266	270	21	20
Lippe	7	4	40	32	49	45
Lübeck	9	9	141	166	8	9
Bremen	27	20	118	71	23	17
Hamburg	60	67	1826	1702	410	475
Elsaß-Lothringen	87	81	2977	2838	758	677
	361	355	11741	11475	2019	1916
					474	449
					14284	13870

Es ergibt sich, daß die Zahl der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter in den Kleinstaaten im ganzen abgenommen hat. Eine geringe Zunahme der Arbeiter weisen nur auf: Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, die Fürstentümer Neu-ätere und Lübeck. Alle übrigen Staaten weisen eine Abnahme der beschäftigten chemischen Arbeiter auf. Die Abnahme beträgt in allen Kleinstaaten 364 Personen. Sie verteilt sich auf alle Beschäftigte, jedoch entfällt der größte Teil auf die erwachsenen Arbeiter. Die Abnahme kann nicht ohne weiteres als Rückgang der Industrie angesehen werden, weil das Umsichts- oder Revisionsgebiet infolge der Gewerbeordnungsnovelle ein andres geworden ist. Zudem führen auch die fortwährenden technischen Verbesserungen zu einer relativen Verminde rung der Arbeiterzahl. Über die Revisionstäigkeit leit der Beamten in den einzelnen Kleinstaaten gibt die nachfolgende Tabelle für jeden Kleinstaat einzeln und in der Gesamtzahl für alle Kleinstaaten zusammen Auskunft. Es wurden vorgenommen:

In den Bundesstaaten	Revisionen	in Betrieben	mit Arbeitern	Von der Revisi on berührte Arbeiter in Prozent
Mecklenburg	13	11	431	91
Sachsen-Weimar	5	5	186	92
Oldenburg	13	6	441	97
Braunschweig	20	14	702	57
Sachsen-Meiningen	17	14	262	92
Sachsen-Altenburg	4	3	30	61
Sachsen-Gotha	9	9	142	100
Anhalt	64	49	3759	98
Schwarzburg-Sondershausen	3	3	95	83
Schwarzbg.-Rudolstadt	12	7	389	92
Neu-ält. u. jüng. Linie Fürstentümer Lippe	16	17	292	100
Lübeck	3	3	46	96
Bremen	14	9	176	100
Hamburg	25	20	93	100
Elsaß-Lothringen	81	49	2089	94
	65	37	2239	60
Im Ganzen	364	256	11373	82,5

Papier und Hygiene.

Es ist eine berechtigte Forderung der Hygiene, daß Nahrungsmittel auf ihrem Wege von der Erzeugungsstätte zum Verbrauchsort möglichst wenig mit menschlichen Händen in Berührung kommen und daß sie vor Staub, Schmutz geführt werden. Dies gilt nicht nur für solche Nahrungsmittel, die direkt verzehrt werden, sondern auch für solche, die zum Genuss erst noch einer gründlichen Vorbereitung bedürfen, wie Fleisch, Früchte usw. Deshalb ist es verpönt, Lebensmittel in geblümtes Papier zu packen. Auf diesem Gebiete sind ohne Zuhilf der Obrigkeit, lediglich durch den Reinheitsstand der Bevölkerung, große Fortschritte gemacht worden. Zwar werden noch große Mengen gebrauchtes Tageszeitungspapier zum Verpacken von Fleisch und Obst verbraucht, aber die Hauptmenge der Lebensmittel wird doch schon in frisches Papier und besonders in Tüten und Beutel verpackt. Für diese Verpackung begnügte man sich vor Jahrzehnten mit dem billigen Strohpapier, das dann aber immer mehr und mehr durch das zähere Brauholzpapier verdrängt wurde. Letzteres wurde dann durch das helle Sulfatpapier ersetzt, das auch heute noch im Kampfe mit dem zäheren und dünnschichtigen Kraftpapier seine Stelle behauptet. Das Sulfatpapier eignet sich infolge seiner Zähigkeit und seines Aussehens sehr gut für diese Zwecke, auch läßt sich auf ihm die Firma besser aufdrucken. Da namentlich leichte Lebensmittel in sehr innige Verbindung mit dem Papier kommen, so ist die Forderung berechtigt, daß zu solchem Papier nur reine Roh- und Halbstoffe verwendet werden. Diese Ansprüche genügen alle in der Papierfabrikation gebräuchlichen Roh- und Halbstoffe mit Ausnahme der bereits benutzten alten Papiere und Papieren. Letztere sollen daher bei der Wiederverwertung gelöst werden, wenn sie später zum Einwickeln von Nahrungsmitteln dienen sollen.

Das durchsichtige Pergamintypapier hat sich besonders für das Verpacken wohlrückender Gemüste wie Kartoffeln, Tee und Kaffee eingeführt, weil es die Ware lustig einschließt. Dieser lustige Abschluß wird noch erhöht durch Tränken des Papiers mit Paraffin, Ceresin und andern derartigen Stoffen, die chemisch neutral und geruchlos und vor allem harz-

haltig sind. Solches Papier eignet sich auch besonders zum Verpacken von medizinischen Stoffen.

Sehr wichtig ist die Verwendung von seidigem Papier zur Verpackung von Butter, die dadurch viel leichter verhandhabig geworden ist. Die hierzu gebrauchten Papiere sind zumeist etwas spärlich, durch Glyzerin werden sie geschmeidig gemacht. Der hohe Glyzerinpreis ist nun Veranlassung gewesen, daß man an Stelle von Glyzerin auch Traubenzuckerlösungen benutzt. Dann können aber im Papier Fächerungen von Schimmelpilzen entstehen, die den Geschmack und den Geruch der Butter verderben. Beide wird nicht gesagt, in er die Bestimmungen nicht beachtet wurden. Jedermann bezichtigt sich diese Neuerung auch auf die Unternehmer, denn vorher ist die Rede davon, daß einzelne Fälle durch die Schuldf der Arbeiter verursacht wurden, die angeblich zu bequem gewesen wären, die Schutzmittel zu gebrauchen. Einige Fälle wurden durch einen schlechten Erzähler verursacht.

Der gleiche Beamte berichtet weiter, daß zwei Arbeiter trotz des Verbotes in einem entleerten Säurekegel gestiegen waren, um eine Reinigung desselben vorzunehmen, obwohl bemerkt worden war, daß sich nitrose Gase entwickelten. Ein Arbeiter starb infolge Einatmung der Gase, der andre erholt sich nur äußerst langsam. Nach Lage der Sache hingen wir Zweifel daran, daß es den Arbeitern verboten war, in den Kessel einzusteigen.

Für das Gebiet Gewerbetriebnehmen finden sich in den Berichten eine Anzahl Beiträge. Um häufigsten berichten die Beamten von Bleivergiftungen. Das ist erklärlich, denn Blei und seine Verbindungen finden in vielen Betrieben Verwendung. Dem Meiningen Beamten wurden 15 Fälle von Bleivergiftung bekannt. „In dreizehn Fällen waren die Betroffenen Frauen, die in den Farbenfabriken und als Putzfrauen in einer Seidenfabrik beschäftigt waren.“ In einem Falle erkrankte ein Arbeiter, der erst wenige Tage in einer Farbenfabrik beschäftigt war, während der letzten Fall einen Stereophorpeur betraf. Bei der Kontrolle über die Einhaltung der Bundesratsverordnung für die Bleifarbenfabriken stellte sich heraus, daß die Bestimmungen gar nicht beachtet wurden. Ledermann wird nicht gesagt, in er die Bestimmungen nicht beachtet hat. Jedermann bezichtigt sich diese Neuerung auch auf die Unternehmer, denn vorher ist die Rede davon, daß einzelne Fälle durch die Schuldf der Arbeiter verursacht wurden, die angeblich zu bequem gewesen wären, die Schutzmittel zu gebrauchen. Einige Fälle wurden durch einen schlechten Erzähler verursacht.

Der Beamte von Coburg-Gotha berichtet über 10 Fälle von Bleivergiftung, die sich in einer Bleiweißfabrik ereigneten und durch-

schnittlich 6 bis 18 Tage pro Fall dauerten. In einem Betrieb, der bleihaltige Farben verarbeitet, kamen einige Fälle von Bleiweiß vor, nachdem sich jahrelang angeblich keine Bleivergiftungen ereignet hatten.

Aus Schwarzbürg-Sondershausen wird berichtet, daß in den im Aussichtsbezirk vorhandenen zwei Bleiweißfabriken elf Erkrankungen an Bleibolz vorliegen, die in kurzer Zeit wieder beseitigt wurden.

Der Beamte Hamburgs berichtet: „Von den drei zur Kenntnis der Behörde gekommenen Bleierkrankungen betraf die eine einen Arbeiter einer Bleizuckerfabrik und gab Veranlassung, daß der Bevölkerung der vom Bundesrat erlassene Bleifarbenverordnung vom 26. Mai 1903 in diesem Betrieb eine vermehrte Sorgfalt gewidmet wurde. . . . Die beiden andern Fälle standen in Verbindung mit Malerbetrieben. Es ist anzunehmen, daß außer diesen zur behördlichen Kenntnis gekommenen Erkrankungen sich noch eine größere Anzahl von Bleivergiftungen ereignet haben, die aber nicht gemeldet worden sind.“ Derartige Betriebe unterstehen der vom Bundesrat erlassenen Maßregelung, die neben den eigenständigen Betrieben noch die Farbenfabriken umfaßt, in denen bleihaltige Farben nicht hergestellt, wohl aber mit Öl und Firnis angerieben werden. Hamburg hat wegen seines großen Schiffsbauverkehrs erheblichen Bedarf für streichende Schiffsfarben. Es sind in Hamburg 14 Betriebe mit 200 Arbeitern vorhanden, von denen 30 ständig oder vorübergehend mit dem Anreien von Bleifarben beschäftigt werden. Bleierkrankungen fanden unter diesen Arbeitern in den letzten Jahren nur vereinzelt vor.

Über zwei Fälle von Mangangervergiftung berichtet der Beamte von Schwarzbürg-Sondershausen. Sie entsteht durch Einatmung von Braunkohlenstaub und zeitigt bei jungen Frauen die vollständige Involution. Die Beratung der Vertreter empfiehlt zur Verhütung der Erkrankung das Tragen von Respiratoren sowie peinliche Reinlichkeit und Abtrennung des Speise Raums von den Arbeitsräumen.

X Verhinderte Ausflärrungarbeit.

In der Zeitschrift „Sozialtechnik“ findet sich in den „Mitteilungen des Instituts für Gewerbehygiene“ ein Artikel über „Hygienische Einrichtungen bei der Metzgerarbeit“, der den Militärärztlichen Dr. Pieß-Hanau zum Verfasser hat. Diese Arbeit enthält neben schon bekannten Dingen über die Giftgefähr nitroser Gase und deren Verhütung eine ganze Anzahl neuerer Beiträge aus der Praxis, so daß ein Abbild des ganzen Aufsatzes im „Proletarier“ wesentlich zur Ausflärrung der Salpeterküche und Sprengstoffarbeiten beigetragen hätte. Leider wurde durch einen Vermerk „Nachdruck verboten“ ein sofortiger Abbild unmöglich. Wir wandten uns am 10. Januar 1912 brieflich an den Verfasser mit dem Gedanken, den Abbild seiner Arbeit in unserer Verbandszeitung zu gestalten. Unter 1. Februar 1912 teilte er jedoch mit, daß er den Abbild seines Aufsatzes in unserer Verbandszeitung nicht gestattet hätte.

Dr. Pieß ist als Chemiker in der staatlichen Universitätsanstalt tätig. Der preußische Staat verbietet aber bekanntlich seinen Beamten die Mitarbeit an sozialdemokratischen Blättern. Aus fürcht, die Vorgezeigten könnten unser Verbandsorgan als sozialdemokratisch erklären und ihm Schwierigkeiten machen, wird Dr. Pieß zu seiner ablehnenden Haltung gekommen sein. Eine andre Annahme würde den Herrn beleidigen. Wir nehmen aber an, daß die Furcht Dr. Pieß in diesem Falle unbegründet war. Wie dem nun aber auch sei, wir buchen den Fall als einen neuen Beweis für die alte These, daß uns die Ausflärrung der Arbeiter aus Gründen und mit Mitteln erschwert wird, über die jeder vernünftige Mensch scham empfinden müßt.

X Zum Phosphorverbot in Österreich.

Am 1. Januar 1912 trat in Österreich das Verbot, weißen und gelben Phosphor bei Herstellung von Bündholzern zu verwenden, in Kraft. Zugleich wird auch das Herstellen solcher Bündholzgerüste untersagt. Österreich hinkt in dieser Hinsicht ganz erheblich hinter nach. Bedauerlich ist die Tatsache, daß Ungarn sich dabei eine Extravaganz bräten läßt und erstmals am 1. Januar 1913 das Phosphorverbot einführen will.

Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß den österreichischen Bündholzfabrikanten der Arbeiterschutz auf diese Art recht ungelassen kommt. Das Ziel vom Untergang der Kleinbetriebe und damit der Vernichtung von kleinen Unternehmen, die bisher doch nur eine scheinbare Selbständigkeit führten, wird in allen möglichen Tonarten gefeiert. Von der Regierung erwarten alle diese Leute materielle Unterstützung oder aber Verlängerung der noch bestehenden Zustände bis 1. Januar 1913. Eine derartige Forderung muß direkt als frivol bezeichnet werden, da seit Publikation des Gesetzes 2½ Jahre verflossen sind. Die Bündholzfabrikanten hatten während dieser Zeit Gelegenheit genug, sich entsprechend einzurichten. Das taten sie jedoch nicht, sondern ertrugen im Dezember 1911 um Hindernischiebung des Strafstrafrechts des Phosphorabwarentgesetzes. Begünstigend führten sie aus, daß in Ungarn, Schweden und Norwegen noch mit Phosphor gearbeitet werde. Die Kapitalisten aller Länder sind einander gleich. So bald für den Arbeiterschutz etwas Wichtiges geleistet werden soll, jammern sie in allen Tonarten über den wirtschaftlichen Stumpf des Betriebe.

Die Verwendung von Papier in der Küche beschränkte sich bisher auf Käsefettlöffelpapier vorwiegend darauf, daß die Käsefettlöffel mit scharf verzierten Papierstreifen ausgelegt waren. In manchem Kochbuch fanden sich auch Gerichte, die in Papier eingewickelt der Hitze des Bratofens oder des Schmortopfes ausgesetzt und mitunter gleich in dieser Hülle auf dem Tisch gebracht wurden; jedoch waren diese Gerichte wenig eingeschätzt. Seit einigen Monaten ist aber nun weitestens in England das Kochen und Braten in Papierhüllen stark in Auffnahme gekommen. Einige Londoner Tageszeitungen haben sich der Verbreitung dieser Artweise angenommen, um für sich Ruhm und vielleicht auch ein Geschäft zu machen. Die Anhänger dieser Kochweise rühmen ihr größeres Reinheitsgrad. Die „Daily Express“ in den Handel gebracht, besteht aus Pergamentpapier. Die rohen Speisen werden mit entsprechenden Zutaten in diese vorher innen gesetzten Beutel getan, der Stand mehrfach umgedreht und dann in eine geheizte Wanne gestellt, deren Temperatur ständig beobachtet und auf einer bestimmten Höhe gehalten werden muß.

Auch in Deutschland sind ähnliche Versuche gemacht worden, so bringt eine Frankfurter Firma unter dem Namen „Sanogresshüllen“ Kochhüllen in den Handel, die aus Pergamentpapier bestehen. Durch das Kochen in diesen Hüllen sollen die bei der üblichen Kochweise verloren gehenden Nährstoffe erhalten bleiben und damit der Nährwert der Speisen erhöht werden. Dies soll dadurch bewirkt werden, daß der Zusatz von Fett und Butter vermieden wird. Weißer, so wird gesagt, entzieht dem Fett und Fleisch Eiweiß und andre Nährstoffe und dem Gemüse Nährsalze. Fett und Butter fördern das Braten nicht und beeinträchtigen oft den Geschmack und Wohlgeschmack der Speisen. Um jede Überhitze zu verhindern, gibt es zur Benutzung der Hüllen einen besonderen Ofen, den „Sanogressofen“, der es ermöglicht, die jeweils nötige Temperatur genau einzuhalten. Gefüllt wird darin bei 120 Grad, gebraten bei 125 Grad; diese Temperaturen schaden der Hülle nicht. Eine Verführung der Speisen während des Bratens und Kochens ist bei diesem Verfahren ausgeschlossen. Eine weitere Verwendung des Pergamentpapiers ist die zu Därmen, die mit Erdbeermarmelade und andern Konfitüren gefüllt werden. Beim Auftragen der Gerichte spielt das Papier schon eine größere

Hinterher aber zeigt sich immer wieder, daß die Preise steigen troß, oft auch gerade wegen der Verbesserung des Arbeiterschutzes.

Wohin die Erziehung der Arbeiter durch das System Duisberg führt?

Bekanntlich hat der Duisburger Fabrikverwaltung der gewerkschaftlichen und auch politischen Organisation der modernen Arbeitersbewegung keine geschworen. Mit allen nur erdenklichen Mitteln wird durch seine Angestellten, besonders aber durch die Feuerwehr, die zugleich die Ausgaben der Fabrikpolizei erfüllt, jeder entstehende Brandherd der Organisation zu löschen verübt. Es ist selbstverständlich, daß diese Feuerwehr auch eifrig bestrebt ist, derartige Brandherde zu entdecken. Sie benutzt dazu jede ihr willkommene Gelegenheit und nimmt die Hilfe gemeinter Subjekte und Denunzianten in Anspruch, um etwaige Attentäter herauszufinden. Es ist ersichtlich, daß unter dem Regime Duisberg Denunziation und Heimkehr unter der Arbeiterschaft häufig ins Kraut schießen. Mancher freudelnde Arbeiter, der seine Pflicht im Betriebe getan hat, ist auf Grund denunziatorischer Angaben der Fabrikverwaltung entlassen worden.

Heute sind wir in der Lage, einen besonders drastisch liegenden Fall aus dem Elend der Leverläufen anzuführen zu können: Im Bau Nr. 84 (Alizarin) stellte der Vorarbeiter Gr. an einen seiner Mitarbeiter das Gericht, den „Wahren Falb“ zu besorgen, dann wollte sie ihn zulassen. Vorher setzte sich der Vorarbeiter aber mit der Feuerwehr, diesem „Mädchen für alles“, in Verbindung, die die beiden beim Lesen des „Wahren Falb“ so auffällig überraschten und die Sache melden sollte. Und richtig, die Sache wäre beinahe geglaubt; durch den berüterischen Schurkenstrich wäre bald der Arbeiter aufs Pfaster geslagen. Bei der nächsten Schicht brachte der Arbeiter denn auch die gewünschte Nummer des „Wahren Falb“ mit, der auch zur festgesetzten Zeit zusammen gelesen wurde. Pöbelisch ergriffen der bekannte Oberfeuerwehrmann Deppe, entzündete dem ohnmächtigen Arbeiter das Blatt und melschte ihm. Die Sache wurde weitergegeben, und ein Verhör erfolgte. Nun hatte über in dieser Zeit der Arbeiter, der auf diese Weise hinuntergelegt werden sollte, etwas Wind von der ganzen Vorberatung seines Vorarbeiters bekommen; der Arbeiter war der Situation gewachsen; er drehte den Spiegel um und meldete, daß er nur auf Gehalt des Vorarbeiters den „Wahren Falb“ mitgebracht habe. Nun änderte sich die Szagliage drastisch. Was der Vorarbeiter mit seiner Tat begegnete, nämlich die Entlassung des Arbeiters, traf jetzt den Vorarbeiter, der nun entlassen wurde. Ein Doktor schilderte ihn zum andern, aber alle hatten keine Arbeit mehr für den Jungen. Bei Herrn Dr. Wendling tat der so blaßgestellte Vorarbeiter Buße in Geduld und Weise, indem er wie ein Schelpel am Wege bat, man solle ihn doch weiterbeschäftigen. Da erhobte sich der betreuende Herr seiner und stellte ihn an eine Arbeit, an der überhaupt niemand bleiben will. Auch mag der Umstand, daß der Vorarbeiter pro Woche einen Teil seines Lohnes für Almosen abgezogen bekommen, mitbestimmend gewesen sein, daß man ihn noch als Arbeiter weiterbeschäftigen wollte, denn eine Entlassung hätte vielleicht zur Folge gehabt, daß die Gemeinde die beschagten Kosten tragen müßte.

Dieser gemeinsame Schurkenstrich hat also einen nicht programmähnlichen Ausgang gefunden, sondern konnte diesmal rechtzeitig pariert werden. Wir wurden uns nun bloß noch über die Dreistigkeit des „Deppe“, der sich erlaubt, den Arbeiter die eigene Zeitung getötet zu lassen, zu beschäftigen. Unter Umständen kann ihm ein herziger Strafzettel recht hauer austischen. Er sieht, da er um die ganze Handlungswelt des Vorarbeiters Gr. wußte, mit ihm auf gleicher Stufe. Es steht uns für diese Handlungswelt ein passender Ausdruck. Wenn man die Abhängigkeit und die wirtschaftliche Lage der Vorarbeiter und Feuerwehrleute betrachtet und sie in Vergleich setzt mit der gemeinen Fassadenferterei, dann bleibt nur noch ein kostloses Pfui übrig für solche Krieche.

Möbel auf Abzahlung in der V. A. S. F.

Die Leverläufener Methode, den Arbeitern den Zugang von Möbeln auf Abzahlung durch Vermittlung der Fabrik zu ermöglichen, scheint auch bei der Anilinfabrik in Ludwigshafen Schule machen zu wollen. Wir entnehmen der „Päpstischen Post“ vom 1. Februar 1912 folgende Notiz:

„Das Brammerschrein in der Anilin geht uns die Meldung zu, daß die Anilin, um den Arbeitern das Heiraten zu erleichtern, Möbel auf Abzahlung geben will. Das Möbelgeschäft ist bislang keine Sache, nur die rechte Form ist noch nicht gefunden. Dieser die Anilin die Möbel direkt, so ergäben sich gewisse Schwierigkeiten wegen der Abzahlungen, die ja um so geringer gelöst werden dürfen. Nebenrumtant der gelbe Verein den Möbelladen, dann trug er erst juristische Maßnahmen erlangen. Außerdem muß er dann auch Gitarrenbauer zahlen. Man plant jedoch etwas Großes. Jedenfalls sollen die Übergaben in letztere, arbeitsfreie Stellen gebracht werden, denn ihre bloße Existenz in der Fabrik, sorgte die Verzögungen in Frage kommt, erzeugt schon Mühe und Zeit bei den Gelben. Der Gitarrenbauer und Gitarrenfachhändler Stielmeier z. B., der als Karossiersmeister und Kleiderhändler in der Fabrik vor der Arbeit entbunden wurde und fand bis auf den heutigen Tag noch nicht wieder an die Arbeit hat gewünscht können, ist jetzt den Gelben zum Vergehen geworden. Da gilt es, die kleinen Fledermauslizenzen der großen Fabrik der gewöhnlichen Arbeit zu entziehen. Eine, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Hergestellt. Der Betriebs- und Sparverein wird von den Gelben in eigenen Regie betrieben und sofort sind einige anlaufende „Arbeiter“ umgebracht. Die Nebenkosten des Warenbezugs- und Sparvereins auf den gelben Bereich ist mehr als ein Brüderlichkeitsergebnis Röhrlers, sondern ist in der Anilin tatsächlich besprochen worden und soll in irgendeiner Form durchgeführt werden. So fordert die Anilin ihr Jahrhundert in die Schranken. Gelbe Arbeit, gelbe Karosse, gelbe Kinderkleid, gelbe Möbel auf Abzahlung und ein gelber Kompassnadel. Da sage noch einer, daß die Anilin nicht mit der Zeit ging.“

Zement- und Ziegel-Industrie

Die Leichtsteinfabrikation.

Als Leichtsteine, die hauptsächlich zur Herstellung von Zwischenwänden zur Füllung von Fachwerk, Ausmauerung von Gewölben, Ecken usw. verwandt werden, sind im allgemeinen nur die rheinischen Schlemme bekannt. Da die Schlemme aber nur in der Gegend zwischen Coblenz und Andernach, wo sich der nötige Basalt in genügender Menge befindet, hergestellt werden können, so sind deren Verwendung durch die hohen Transportkosten gewisse Grenzen gesetzt. Um diesem Mangel abzuholen, hat man schon mancherlei Versuche unternommen, jedoch einen vollwertigen Erfolg zu finden. Nun endlich scheint dies dadurch gelungen zu sein, daß man zermahlene Körner- oder Hochfelsenklade mit dünnen Romanzement vernascht und zu Steinen dreht.

Die Herstellung dieser Leichtsteine geschieht am folgendem Wege. Die Klade wird auf die richtige Körngröße gemahlen und dann mit Romanzement und Wasser zu einem Mortel vermengt. Das Mischgefäß besteht bei der Produktion in der Regel von Hand, bei größerer durch geeignete Maschinen. Bei Maschinennutzung gelangt der Mortel dann auf automatischem Wege nach der Presse, die mit jedem Druck 5 bis 10 Steine fertigt. Eine maschinelle Vorrichtung hebt die gepressten Steine hoch und legt sie auf ein untergestelltes Brett nieder, mit dem sie dann in ein Trockengerüst gebracht werden. Nach 24 bis 48 Stunden — je nach der Witterung — haben die Steine den nötigen Härtegrad erreicht, um aufgeladen zu werden. Zum festigen Gebrauch bedürfen sie dann nur noch einer drei bis vierwochigen Lagerung.

Diese Leichtsteine haben den Vorteil, daß sie mit wenigen Kosten überall hergestellt werden können. Der Romanzement, der sich als Schnellbinder zur Leichtsteinfabrikation vorzüglich eignet, kann infolge seines billigen Preises und geringen Gewichts überall leicht beschafft werden und für die Klade gilt das in noch höherem Maße. An Baustellen genügt eine witterfeste Halle, während die Brennöfen durch den Fortfall des Brennprozesses vollständig überflüssig sind. Da die erforderlichen Maschinen

täglich verbaut und der Anstellungsfluß besiegelt werden. Auch Bettläden und Dienstleute, die Papier hat man hergestellt und zur Verzehrung empfohlen, weil sie nach der letzteren verbrannt werden können und so Sägen gegen Anwendung gewähren.

Erster ist noch das Klosettspapier gedacht, das bereits weite Verbreitung gefunden hat und dem nach weitere Verbreitung zu wünschen ist. Die Fabrikat hat sich dieser für den Klosettverbrauch geeigneten Ware mit Sicherheit angenommen und bietet sie in den verschiedensten zweckmäßigen Aufmachungen dar, so in Verteilerstäben, in Plattenform, in Rollen als auch in besonderen Abschläppapparaten, die jemals nur ein Blatt freigeben und so der Verschwendungen vorbeugen. Mindestens wird das Abschläppapier zur Verhüllung und Heilung gewisser Krankheiten mit chemischen Mitteln, meist desinfizierender Art, gerichtet. Zur Reinlichkeit und zur Verhüllung von Tüchern ist es auch nötig, daß die Abwasser rein sind. Da dies nicht überall der Fall ist, gelangen vielfach Abwasserlägen aus Papier in den Händel.

Arbeiter aus Papier haben sich bei uns nicht eingebürgert, während die Tücher aus Holz und Jutes aus Papier tragen sollen. Auch Städte aus Gewebe, deren Fäden ganz oder teilweise aus Papier und Papierstoff bestehen, konnten bis jetzt ihrer Volligkeit nicht einführen. Es ist es den Papierhändlern, die die Form von Strohketten hatten, ergangen, da sie zu hart und stiel waren. Desegen hat sich die Papiermühle ihrer Volligkeit halber vielfach eingebürgert und wird namentlich in Frankreich benutzt. Die inneren Sohlen dieser Schuhe werden aus brauner Holzplatte gefertigt und aus derselben Stoff auch Einlegesohlen für Männer der Fuß hergestellt. Auch für untere Wohnwände dienen aus Papier in Form von Tapeten, die allen Angriffen zum Trotz nie immer neue Abplatzstellen zeigen. Abwaschbare Tapeten entfernen sich in Fronten, Schulen usw. Die Dachpappe ist eine billige und bei richtiger Verarbeitung dauerhafte und feuerfeste Dachbedeckung. Als Unterlage von Ziegeln oder Steinen, mit denen ganze Dächer ausgelegt sind, benutzt man Ziegelpapparate.

Zum Schlüsse sei noch der Verwendung von Papier und daraus hergestellten Gegenständen in der Krankenpflege gedacht. An Stelle von Baumwollwolle wird häufig Zellstoffwolle benutzt. Außer den er wähnten täglich zur Verarbeitung gelangenden Spinnköpfen aus Papier werden auch solche aus lackierter Pappe hergestellt, die abwaschbar und für den Dauergebrauch bestimmt sind. Das gewisse Stoff werden auch verschieden andere Krankenhausgeräte, wie Urinale, Stühle, Wannen, ungewöhnliche Teller für Tropenstationen, Schalen für Verdauungs bei Bettläden usw. hergestellt. Da Pappe oder geprägter Papierstoff ein leichtes Feuerzeug ist, so nehmen solche Gefäße nicht so schnell wie andre die Temperatur einsteigender Leder oder warmer Flüssigkeit an, so dass sie rasch verbrannten.

AI in der Leipziger Volkszeitung.

Wir bemerkten dazu: Der Warenbezugs- und Sparverein ist eine vor Jahren erfolgte Gründung der Anilinbeamten und anderer Bürgerlicher Kreise, die nachdem die Ludwigshafener Arbeiterschaft den schon lange bestehenden Kontumälein etwas modernisiert wollte, den Warenbezugs- und Sparverein gründeten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Warenbezugs- und Sparverein nunmehr zum „Kaufhaus der Anilinfabrik“ umgewandelt wird. Wenn es so kommt, wie angekündigt, dann haben die Anilinbeamten in der Neugründung „nix zu seggen!“

Wie die Krankenversicherung herabgedrückt werden.

Aus Fechenheim wird uns geschrieben: Der Geist des Dr. Eichmann, Greppin, geht in der chemischen Fabrik Cassella, Fechenheim, um. Dr. Eichmann hat sich ja bekanntlich im Auftrage des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie den Aufgabe unterzogen, den Beweis zu erbringen, daß die chemische Industrie gar nicht so gesundheitsgefährlich ist, wie es immer von dem bösen Fabrikarbeiter-Verein dargestellt wird. Daß Dr. Eichmann dabei nicht besonders geschickt versöhnen und das Gegenleben von dem beweisen hat, was er eigentlich beweisen wollte, ist ja im „Proletarier“ Nr. 36 bis 39 zur Genüge gezeigt worden. Das Bestreben der chemischen Betriebskrankenschäfer, die Zahl der Kranken und Krankheitsstage möglichst herunterzudrücken, ist nur zu befürworten. Bekannt ist auch, daß nur die allgemeinsten und kräftigsten Arbeiter eingestellt werden. So geschieht es auch bei Cassella in Fechenheim. Viele Woche wurden alle Arbeiter, die im vorigen Jahre 1 bis 1. April andere Arbeit, Sie können die Arbeit in der chemischen Fabrik nicht vertragen! Hier wird also angegeben, daß die chemische Industrie derart gesundheitsgefährlich ist, daß nur wenige es aushalten können, ohne in den ersten Jahren zu erkranken. Ob die Diagnose auf Rheumatismus oder Magenstomatitis richtig gestellt war, ist ja auch eine Frage, über die man zweierlei Meinung sein kann. Ein Krankenschäfer-Berater, der beim Vorsteher war und sich im Aussprache der Arbeiter erkundigte, was diese Maßregel zu bedeuten habe, erhielt zur Antwort, das ist Sache der Firma und geht die Krankenversicherung nichts an. Also Krankenversicherung ist erster ohne Rechte (Staaten). Wenn werden sich die Fabrikarbeiter auf ihre Menschenwürde besinnen und sich einsammling der Organisation anschließen?

* Kasuistik.

Am 6. Februar geriet in der V. A. S. F. ein Arbeiter im Bau 12. Abteilung Hindonthren, mit der rechten Hand in ein Zahnrad, wobei ihm drei Finger abgedrückt wurden. Bei dem bekannten Verletzungssystem in der Anilin liegt sich der Name des Verunglückten nicht feststellen.

X Bleiburg a. Rhine. (Erweiterungen der Nobel-Dynamit-Truks-Kompanie.) Die der Aktionären der Westdeutschen Sprengstoffwerke in Hagen von der Nobel-Dynamit-Truks-Kompanie gezeigte Frist zur Entscheidung darüber, ob sie ihre Aktien zu einem Preise von 170 bis 175 Prozent an den Trust verkaufen wollen, ist am 6. Februar abgelaufen. Wie verliefen, haben die Aktionäre sich in großem Umfang entschlossen, das Kaufangebot anzunehmen. Mit der jetzigen Dreiviertel-Mehrheit, mit der der Trust nun über die Westdeutschen Sprengstoffwerke verfügt, ist er nun jüngsten Auseinandersetzer der Fabrikation. Es ist dies wiederum eine Erweiterung ihrer Macht seitens der Nobel-Werte. Arbeiter, lernt hieraus, zieht den Ring auch immer fester!

Die Leichtsteinfabrikation.

Als Leichtsteine, die hauptsächlich zur Herstellung von Zwischenwänden zur Füllung von Fachwerk, Ausmauerung von Gewölben, Ecken usw. verwandt werden, sind im allgemeinen nur die rheinischen Schlemme bekannt. Da die Schlemme aber nur in der Gegend zwischen Coblenz und Andernach, wo sich der nötige Basalt in genügender Menge befindet, hergestellt werden können, so sind deren Verwendung durch die hohen Transportkosten gewisse Grenzen gesetzt. Um diesen Mangel abzuholen, hat man schon mancherlei Versuche unternommen, jedoch einen vollwertigen Erfolg zu finden. Nun endlich scheint dies dadurch gelungen zu sein, daß man zermahlene Körner- oder Hochfelsenklade mit dünnen Romanzement vernascht und zu Steinen dreht.

Die Herstellung dieser Leichtsteine geschieht am folgendem Wege. Die Klade wird auf die richtige Körngröße gemahlen und dann mit Romanzement und Wasser zu einem Mortel vermengt. Das Mischgefäß besteht bei der Produktion in der Regel von Hand, bei größerer durch geeignete Maschinen. Bei Maschinennutzung gelangt der Mortel dann auf automatischem Wege nach der Presse, die mit jedem Druck 5 bis 10 Steine fertigt. Eine maschinelle Vorrichtung hebt die gepressten Steine hoch und legt sie auf ein untergestelltes Brett nieder, mit dem sie dann in ein Trockengerüst gebracht werden. Nach 24 bis 48 Stunden — je nach der Witterung — haben die Steine den nötigen Härtegrad erreicht, um aufgeladen zu werden. Zum festigen Gebrauch bedürfen sie dann nur noch einer drei bis vierwochigen Lagerung.

Diese Leichtsteine haben den Vorteil, daß sie mit wenigen Kosten überall hergestellt werden können. Der Romanzement, der sich als Schnellbinder zur Leichtsteinfabrikation vorzüglich eignet, kann infolge seines billigen Preises und geringen Gewichts überall leicht beschafft werden und für die Klade gilt das in noch höherem Maße. An Baustellen genügt eine witterfeste Halle, während die Brennöfen durch den Fortfall des Brennprozesses vollständig überflüssig sind. Da die erforderlichen Maschinen

leicht transportiert werden können, so ist sogar die Möglichkeit vorhanden, bei größeren Bauten die erforderlichen Leichtsteine am Bauort herzustellen. Dabei besitzen die Leichtsteine eine erheblich größere Druftfestigkeit als die rheinischen Schlemme, so daß sie neuerdings auch zur Errichtung kleinerer Bauten, kleiner Villen, Landhäuser, Arbeitswohnhäusern usw. benötigt werden. Die Leichtsteine ermöglichen durch ihre starke Porosität eine ausgiebige Luftzirkulation innerhalb der Mauern und schaffen so nicht nur vollständig trockene Wohnungen, sondern auch eine gute Wärmedämmung gegen die Außentemperatur; die Wohnungen sind im Winter leicht warm und im Sommer kühl.

Diese Vorteile verbürgen den Leichtsteinen eine gute Zukunft, und diese ist im Interesse der Wohnungsbauindustrie zu begrüßen. Wohl ist der Ziegelindustrie dadurch eine neue Konkurrenz entstanden, die wir aber als Arbeiter nicht zu bedauern brauchen. Größer als in der Ziegelindustrie kann die Ausbeute nicht irgendwas sein, und wenn die Arbeiterchaft ihre Arbeitspläne erfüllt, so wird sie ihrer „Herrn“ überall Herr werden, was da auch kommen möge.

Das „Bergeben“ der Arbeitergroschen.

Der „Gewerbeverein der Ziegler in Lippe“ hat bekanntlich im vergangenen Sommer den Ziegeleibesitzern und deren Organisationen eine Gabe unterbreitet, in der für 1912 eine 12prozentige Lohnherabsetzung verlangt wurde. Diese Gabe ist nun von allen Ziegeleibesitzern-Bünden mit Gönningen abgelehnt worden. Der „Gewerbeverein“ ist damit in eine rechtssame Situation geraten. Es möchte nun gar zu gern den Ziegeleibesitzern einmal die Faust vor die Nase halten, wenn er nur die Macht dazu hätte. Mit einemmal ist bei den Deutschen die Forderung erfüllt, sie möchten am liebsten in diesem Frühjahr die ganze Ziegelindustrie mit Streik überziehen; wenn sie — Geld hätten.

In einer Ziegler-Versammlung, die am 16. Februar 1908 in Büttelheide tagte, betonten die beiden Gewerbevereinsbeamten, der Streit sei nur überlebt, in der für 1912 eine 12prozentige Lohnherabsetzung verlangt wurde. Diese Gabe ist nun von allen Ziegeleibesitzern-Bünden mit Gönningen abgelehnt worden. Der „Gewerbeverein“ ist damit in eine rechtssame Situation geraten. Es möchte nun gar zu gern den Ziegeleibesitzern einmal die Faust vor die Nase halten, wenn er nur die Macht dazu hätte. Mit einemmal ist bei den Deutschen die Forderung erfüllt, sie möchten am liebsten in diesem Frühjahr die ganze Ziegelindustrie mit Streik überziehen; wenn sie — Geld hätten.

Dieses probate Mittel ist aber von dem Gewerbeverein noch nie angewandt worden und wird auch jetzt, wo die Ziegeleibesitzer jedes Entgegenkommen abgelehnt haben, von ihm verschmäht. Jedoch ist er von dem vorstrebenden Unison überzeugt. Dagegen ist der Gewerbeverein auf dem besten Wege, daß „gewisse“ Vergeuden der Arbeitergroschen“ einmal zu über. Da ihm aber nur wenige Groschen zur Verfügung stehen — in 16 Jahren hat er 12 000 M. angehäuft — so schwungt er nun den Klingelknoten, um freiwillige Beiträge zu sammeln. In der „Tonindustrie-Zeitung“ wird darüber folgendermaßen gehoben: „Zum Kriegsführung gehörte Geld, und da der Gewerbeverein weder über hohe Mitgliedsbeiträge noch über gesetzte Beiträge verfügt, wendet er sich jetzt an seine Mitglieder und Freunde mit dem dringenden Ersuchen, freiwillige Gelder zum Kriegsfonds zu zahlen. Unsre Ziegeleibesitzer brauchen auch hier keine Furcht zu haben. Wir sind überzeugt, daß der Fonds nach einem halben Jahre ebenso dastigt, wie heute die Kasse des Gewerbevereins.“

Diese Ansicht wird auch von uns geteilt. Der Gewerbeverein könnte seine paar Mitglieder nur durch den billigen Beitrag von 3,60 M. pro Jahr zusammenhalten. Er hat die Kritik systematisch geübt, um die lippsischen Ziegeleien uns fernzuhalten. Und diese Methoden rächt sich nun. Die lippsischen Ziegeleier lassen den Gewerbeverein jetzt nicht nur mit den freiwilligen Beiträgen im Stich, sondern sie verweigern ihm auch die fälligen Jahresbeiträge. Sie gewinnen immer mehr die Überzeugung, daß der Gewerbeverein ein überflüssiges, zweckloses Gebilde ist, das dem Gewerbe und den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit nicht mehr entspricht und daß die gewaltsamen Ausgaben der Gewerbeschäfer nicht durch einen Stotz erfüllt werden können. Hoffentlich führt diese Überzeugung auf die Bahnen der freien Gewerbeschäfer, zum Fabrikarbeiterverband. Nur hier allein werden die Ziegeleier finden, was sie seither bei den „christlichen“ Staatsverbänden vergebens gesucht haben.

Aus der Bielefelder Ziegelindustrie.

Die Ziegeleibesitzer werden bekanntlich nicht müde, die Geschäftslage der Ziegelindustrie als ganz miserabel einzustufen. Verwunderlich ist nur, daß die Herren bei all den schlechten Zeiten immer dieser werden und daß keiner von ihnen Lust zeigt, zu den Ziegeleiarbeitern heranzutreten und mit der Ziegeleiarbeiter in der Hand den „schlechten Seiten“ zu entstehen. Wie es mit der schlechten Geschäftslage beschafft ist, hat natürlich ein Ziegeleibesitzer aus Bielefeld verraten. Er teilte nämlich mit, daß die vereinigten Ziegeleibesitzer von Bielefeld und Umgegend einem ihrer Kollegen für die Stilllegung seines Betriebes in den letzten Jahren 5 000 M. jährlich gezahlt hätten, und daß sie auch bereit gewesen seien, ihm für 1912 noch 1000 M. auszuzahlen, also 6000 M. Entschädigung zu gewähren. Da von dem betreffenden Ziegeleibesitzer geforderten 7000 M. habe man abgelehnt und so wurde die Ziegelei in diesem Jahre wieder in Betrieb genommen. Daraus geht hervor, daß die Ziegeleibesitzer Bielefelds mehr als 6000 M. im Jahr verdienen, denn sonst hätten sie für die Stilllegung einer verhältnismäßig kleinen Ziegelei keine 6000 M. geboten. Mögen sich das die Ziegeleiarbeiter merken und danach handeln.

Ziegen-Ziegeleien.

Die in den Zeit-, Gas- und Gasflammen-Kohlengruben Rheinland-Westfalen lagernden Ton schichten liefern ein ausgezeichnetes Ziegelmaterial. Es sind also die Ziegelschäfer in die Lage versetzt, die bei Verdichtungs-, Gewinnungs- und